

## **FRAGESTUNDE**

Beginn: 12.20 Uhr  
Ende: 13.20 Uhr

### **1) Ostgürtel**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Der Ostgürtel geistert grundsätzlich seit Jahrzehnten durch die Gegend und ist sehr aktuell jetzt wieder durch den Bebauungsplan in der Leonhardstraße, der ja auch heute auf der Tagesordnung steht. Die Bevölkerung ist sehr stark beunruhigt, wir hatten das Thema ja auch schon vor dem Sommer in zwei Fragen. Es ist die Frage, was passiert mit der Trasse, zum Teil wird zwar dementiert, dass der Ostgürtel noch ein Thema ist, offensichtlich aber doch nicht in der Klarheit, dass es für die Bevölkerung auch eindeutig wäre und dass kein Grund zur Besorgnis mehr bestehen würde. Das Ganze wird unterstrichen nicht zuletzt durch Aussagen wie vor dem Sommer, dass es zu einer Teilverwirklichung kommen würde und dass diese gemeinsam mit der Verkehrsplanung festgelegt werden sollen. Ebenfalls bei einer Bürgerversammlung im Rahmen von „Mehr Zeit in Graz“ ist wieder von einer Teilumsetzung die Rede gewesen und die Bürger und Bürgerinnen haben natürlich ein Interesse daran zu erfahren, was das jetzt genau bedeutet. Aus unserer Sicht eindeutig zu begrüßen wäre natürlich ein Geh- und Radweg, deswegen müssen auch unbedingt Verkehrsflächen freigehalten werden. Allerdings diesen Ostgürtel für motorisierten Individualverkehr zu öffnen, das wäre aus unserer Sicht ein völliger Unsinn und auch nicht notwendig, allerdings für den sanften Verkehr auf jeden Fall. Das heißt, Fuß- und Radweg wäre zu befürworten.

Ich darf daher, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Mario, an dich die

## **F r a g e**

stellen namens der SP-Gemeinderatsfraktion:

Bis wann werden die betroffenen Anrainer und Anrainerinnen ihrer Sorge vor dem drohenden „Ostgürtel“ entledigt sein - mit anderen Worten: Bis wann wird, wie von dir im Frühling angekündigt, festgelegt sein, wo die Trasse und für welche Art von Verkehr die Trasse bestehen bleiben soll und wo sie aufgegeben werden kann (*Applaus SPÖ*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra! Ein Thema, das uns natürlich jetzt schon über Monate begleitet und wir wirklich versucht haben, auf allen Ebenen Klarheit zu schaffen. Ich darf daran erinnern, dass in der BIG ein großer Bericht getätigt wurde, wo das ganz klar festgehalten worden ist, was nicht kommt und was kommen wird und es ist immer ausgeschlossen worden, dass der Individualverkehr auf einem Teil dieser Trassen fahren wird. Aber konkret dazu, zu deiner Fragestellung, du hast es schon erwähnt, am 30. September 2014 fand im Rathaus eine öffentliche Forumsitzung von „Mehr Zeit für Graz“ zum Thema Ostgürtel statt, bei der die Leiter der Abteilung für Verkehrsplanung und des Stadtplanungsamtes der Bevölkerung und der Bürgerinitiative zum Ostgürtel den aktuellen Beschlussstand zu diesem Thema präsentierten und in der folgenden Diskussion Rede und Antwort standen. Dabei wurde mitgeteilt, dass die bestehenden Beschlüsse auf langfristige Sicherung der Trasse für den ÖV, den Geh- und Radverkehr sowie Gestaltung aber kein, ich wiederhole, kein Ausbau als Gürteltrasse für den Autoverkehr nach wie vor aufrecht sind. Zur weiteren Vorgangsweise wurde dabei auch berichtet, dass die Festlegung, in welchen Abschnitten an der Flächensicherung

für die oben genannten Zwecke festgehalten wird, über die Revision zum Flächenwidmungsplan erfolgt. Also dort wird definitiv klar festgelegt werden, welche Flächen notwendig sein werden für die Zukunft (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer**: Bis wann kann man dann in etwa zum Beispiel mit sicheren Fuß- und Radwegübergängen rechnen? Bis jetzt ist alles ungesichert, sowohl über die Elisabethstraße, Leonhardstraße, Heinrichstraße, das sind alles ungesicherte Übergänge dieser Trasse entlang. Bis wann kann man dann in etwa schätzen, dass es auch zu gesicherten Übergängen kommen kann?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das ist ja jetzt ein ganz anderes Thema, das hat ja nichts mit der Trasse zu tun. Die gesicherten Übergänge sind wieder ein ganz ein anderer Fall, das ist eine Frage, wo das Straßenamt dann überprüfen muss, ob das gewährleistet ist oder ob es überhaupt nach StVO zu verordnen sein wird. Aber wann definitiv Klarheit herrschen soll ist, wenn der Flächenwidmungsplan aufgelegt und beschlossen wird, und das Stadtplanungsamt hat das vor für das erste Quartal im Jahr 2015 (*Applaus FPÖ*).

## **2) Brauchtumsfeste in Grazer Kindergärten**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! In zahlreichen Lehrplänen für die Ausbildung zu Lehrern in Pflichtschulen, wie es auch die Grazer Volksschulen sind, ist zu entnehmen, dass die zukünftigen Lehrer christliche Elemente im Unterricht hintanhaltend sollen. Man mag zur Kirche jetzt stehen wie man will, aber das Feiern der christlichen Feste im Jahresverlauf hat einen kulturellen Hintergrund. Es handelt sich hier um Brauchtum, um Tradition. Durch Geschichten über den heiligen Martin, den heiligen Nikolaus oder über Weihnachten wird den Kindern das Gute vermittelt, werden Werte vermittelt. Dass jetzt die Stadt Graz auf den Lehrplan der Volksschulen leider keinen Einfluss hat ist mir bewusst, ist in diesem Fall auch sehr bedauerlich, aber für unsere Kleinsten können wir Verantwortung übernehmen. Im Kindergarten kann die Stadt Graz Gott sei Dank Einfluss nehmen und ich stelle daher an Sie folgende

### **Frage:**

Sind Sie bereit im Rahmen Ihrer Zuständigkeit dafür zu sorgen, dass die christlichen Brauchtumsfeste – hier vor allem das Martinifest, das Nikolausfest, Heiliger Abend und Osterfest – in die inhaltliche Erziehung innerhalb der Grazer Kindergärten in ausreichendem Ausmaß einfließt und einfließen wird (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Eine kurze Antwort. Ja, ich bin dazu bereit, natürlich, aber Sie bekommen auch eine längere Antwort. Ich denke nämlich, dass man sich diesbezüglich in Graz keine Sorgen machen muss. Die Kindergärten sind ja jetzt gerade dabei, die Feste vorzubereiten. Ich selbst bin zu einem Nikolausfest eingeladen, auf einigen Standorten wird das Fest ein bisschen moderner gefeiert, indem man das Nikolauslied in einigen Sprachen singt, das war zu meiner Zeit aber auch schon üblich und es gibt keinen Grund, hier den Untergang des

Abendlandes an die Wand zu malen. Ich bin überhaupt der Meinung, dass ein reger Austausch unter den Kindern nur dazu führen kann, dass Missverständnisse vermieden werden, deshalb bin ich auch durchaus dafür, dass man andere Glaubensrichtungen bespricht und erklärt, deshalb wieso nicht Feste wie Hanaoka, Purim oder Pessach beziehungsweise das Fest des Fastenbrechens am Ende des Ramadan zu erklären. Also da sehe ich überhaupt kein Problem. Neues zu erfahren und kennenzulernen, bedeutet nicht, dass man deshalb auf alte Werte verzichtet. Zusammenfassend heißt das, ja, ich bekenne mich eindeutig und unmissverständlich dazu, dass in den Kindergärten weiterhin die schönen christlichen Feste gefeiert werden. Gleichzeitig tut aber niemandem weh, wenn man auch einiges über andere Kulturen kennenlernt, ich glaube, das ist durchaus gut (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schleicher**: Ich finde das als junge Mutter, wo meine dreijährige Tochter nächstes Jahr in den Kindergarten eintreten wird, schon besorgniserregend, wenn wir aus erster Hand erfahren, dass in den Lehrplänen die christlichen Themen nicht mehr besprochen werden. Und deshalb finde ich schon rechtens, dass ich nachfragen darf, ob das in Grazer Kindergärten so gehandhabt wird. Und andere Kulturen zu erklären, ist ja einerlei, aber die Feste zu feiern, etwas anderes. Sind Sie bereit, als christlicher sozialer ÖVP-Mandatar dafür zu sorgen, dass in Grazer Kindergärten die christlichen Feste gefeiert werden (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Frau Kollegin, ich war in allen Kinderbetreuungseinrichtungen dieser Stadt und die Feste werden gefeiert (*Applaus ÖVP*).

*Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 12.35 Uhr den Vorsitz.*

**3) Baumschutz auf Baustellen durch Umsetzung der Ermächtigungsverordnung zum Baugesetz und den erweiterten Auflagenkatalog für Baubescheide**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner stellt an StR.<sup>in</sup> Kahr folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, liebe Elke! Ich stelle heute eine Frage zum Thema Baumschutz auf Baustellen, ein Thema, mit dem ich mich schon sehr lange beschäftigte, nämlich seit zweieinhalb Jahren mittlerweile. Es hat da schon viele Initiativen dazu gegeben, es hat Gespräche gegeben mit verschiedenen Abteilungen der Stadt Graz, auch mit der Verena Ennemoser unter anderem. Es war auch der Kollege Topf bei einer Besprechung dabei. Es ging darum, wie man die Bäume, wenn Gefahr droht, besser schützen kann zum Beispiel dadurch, dass man einfach vorschreibt, dass ÖNORMEN eingehalten werden, dass es eine ökologische Bauaufsicht gibt, dass auf die freiraumplanerischen Standards hingewiesen wird und jetzt ist es ja so, dass in der Bau- und Anlagenbehörde einerseits eben diese Ermächtigungsverordnung zum Baugesetz erlassen wurde, die es ermöglicht, dass man in Bescheiden vorschreibt, auf der anderen Seite ist ja auch der Auflagenkatalog, nämlich das, was kann man überhaupt in einen Baubescheid reinschreiben, überarbeitet worden. Und deshalb müsste es ja mittlerweile möglich sein, dass man für den Baumschutz mehr tut.

Und daher stelle ich an dich seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen folgende

**Frage:**

Welche Maßnahmen zum Baumschutz auf Baustellen werden aktuell seitens der Bau- und Anlagenbehörde bescheidmäßig vorgeschrieben (*Applaus Grüne*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Andrea! Danke, vor allem auch, wie du schon erwähnt hast für das jahrelange Engagement, dass hier behutsam damit umgegangen wird, das weiß ich persönlich auch zu schätzen. Du hast es schon erwähnt, dass aufgrund vieler Gesprächsrunden mit verschiedenen Abteilungen in der Stadt Graz Ergebnisse erzielt wurden und in Baubescheiden auch bereits mehrmals vorgeschrieben, dass unter Verweise auf die ÖNORMEN L1121 und L1122 bei der Baudurchführung eine ökologische Bauaufsicht einzuhalten ist. Im Wesentlichen sind das drei Anwendungsbereiche. Erstens, das sind die Bauverfahren, wo Bäume als Naturschutzdenkmäler ausgewiesen sind, da ist es eigentlich eh selbstverständlich, dass diese ÖNORMEN zur Anwendung kommen und als Auflage automatisch hineinkommen. Dann gibt es die Projekte, die vom Fachbeirat begutachtet werden, das sind jene Projekte, die mehr als 2000 m<sup>2</sup> Nutzfläche beinhalten und hier auch automatisch die Abteilung für Grünraum beigezogen wird und vielleicht auch zur Information für die, die das nicht wissen, da sind auch Architekten mit dabei, die aus Wien sind, um auch die Unabhängigkeit zu wahren, also die dürfen auch in Graz nicht bauen und hier werden ebenso die ÖNORMEN vorgeschrieben und der dritte Bereich, das betrifft alle anderen Projekte, also Projekte, wo die Nutzfläche unter 2000 m<sup>2</sup> ist, und hier verweist der Verhandlungsleiter von uns, also von der Bau- und Anlagenbehörde, den Bauwerber, dass um Schlägerungsbewilligung bei der Abteilung Grünraum anzusuchen ist und bei Notwendigkeit natürlich die ÖNORMEN als Auflage dann vorgeschrieben werden. Man muss immer wissen, der Verhandlungsleiter von uns ist ja nicht der Experte, das sind die Kollegen und Kolleginnen der Abteilung Grünraum, denen obliegt natürlich auch die Einhaltung und die Kontrolle und eines ist wichtig, es ist notwendig, das

auch ständig zu optimieren und da weiß ich, dass derzeit auch weitere Gesprächstermine vereinbart sind noch in diesem Jahr zwischen uns, also der Bau- und Anlagenbehörde, und der Abteilung Grünraum (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Zum dritten Punkt, alle anderen Projekte, also die ganz normalen Bauverfahren, ich habe das selber einmal ausprobiert und habe da den Herrn Dr. Engl bei einem Bauverfahren, wo ich nämlich Nachbarin war, mit ihm geredet über den Baumschutz und was da ist und das hat er zwar nett aufgenommen und im Bescheid ist dann drinnen gestanden, Baumschutz ist kein Nachbarrecht. Das war das Einzige, was drinnen gestanden ist, das finde ich echt schockierend, weil das einfach eine Frotzelei ist von den Leuten, wenn man das aufnimmt sozusagen mit dem Mikrofon und deshalb ist jetzt meine Frage. Wird jetzt darauf hingewiesen auf die ÖNORMEN oder werden sie wirklich als Bescheidauflage vorgeschrieben (*Applaus Grüne*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Wenn es sich um einen schützenswerten Baum handelt, dann wird es auch vorgeschrieben. Ist als Auflage im Baubescheid dann auch drinnen.

#### **4) Unesco City of Design**

GR. **Pacanda** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich darf

folgende Frage stellen und zwar zum Thema Unesco City of Design, und zwar im April dieses Jahres ist vom Grazer Stadtrechnungshof ein Prüfbericht zum Thema "City of Design" veröffentlicht worden.

Das Ergebnis des Berichtes ist wenig schmeichelhaft für das Projekt. Bemängelt wurden die unklaren Ziele und die ausschließliche Fokussierung auf Themen der Wirtschaft. Zusätzlich merkt der Bericht an, dass die Handlungsfelder "Gestaltung des öffentlichen Raumes" und "Haus Graz" bisher unbearbeitet blieben.

Daher richte ich Namens der Piraten an Sie folgende

### **Frage:**

Welche Maßnahmen haben Sie getroffen, seit der Bericht veröffentlicht wurde, um der Kritik und den Empfehlungen des Stadtrechnungshofes gerecht zu werden?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Mit Gemeinderatsbeschluss vom 20.4.2014 wurde in der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung eine neue Geschäftsstelle Creative City Management implementiert, um aufbauend und ergänzend zu dem bis dato von der CIS Creative industries styria gesetzten Entwicklungsschritten und mit möglichen anderen Dienstleistern projektbezogene Unterstützungen für die Kreativwirtschaft in Graz umzusetzen. Der Aufgabenbereich der neuen Geschäftsstelle umfasst insbesondere die strategische Planung, Steuerung und Entwicklung sowie die Koordination neuer Initiativen für die Grazer Kreativwirtschaft. Darüber hinaus werden Anreizförderungen für Unterstützung von kreativen Impulsen gesetzt sowie Aktivitäten und Maßnahmen unterstützt, die das Ziel haben, das kreative Potential in

der Grazer Wirtschaft nachhaltig zu stärken. Ich darf daher festhalten und bin auch dankbar für die Frage, weil sie Gelegenheit gibt, darauf hinzuweisen. Mit diesem neuen Creative City Management ist damit die vom Stadtrechnungshof jedenfalls auch geforderte und eingeforderte stärkere Einbindung der Stadt Graz in die Aktivitäten des Unesco Creative City Netzwerks realisiert. Ich darf Ihnen eine kurze Liste von Maßnahmen, konkret umgesetzten Maßnahmen, im Zeitraum seit dem Rechnungshofbericht angeben. Das Erste, was wir gemacht haben, ist eine Durchführung eines Calls mit dem ein Betreiber für einen neuen Coworking Space in Graz gesucht wurde. Gewinner war das Spaceland im Lend, ein Coworking Space, der sich spezialisiert hat auf die Bereiche Film und Video mit Schneideräumen und dergleichen Einrichtungen, die für die Umsetzung, Produktion von Filmen und Videos sehr vorteilig sind. Insgesamt werden dort 20 Arbeitsplätze angeboten. Dann der Beschluss von Abwicklung einer Förderung für die Endnutzer der Coworking Spaces, das ist eine Mietförderung, die es in der Wirtschaftsabteilung schon seit vielen Jahren gibt und die auch auf die Coworking Spaces ausgeweitet wird. In diesem genannten Zeitraum sind insgesamt 27 Förderungen abgewickelt worden, davon 22 im Bereich der Kreativwirtschaft. Dann die Unterstützung und stärkere Einbindung der Stadt Graz im Designmonat bezüglich Fragestellung und zentrale Themen Designforum sowie in internationalen Netzwerkaktivitäten der CIS. Weiters die Unterstützung von Aktivitäten, die das kreative Potential in der Grazer Wirtschaft aufzeigen und stärken, nämlich die Marketing Rockstars, die Asphaltoasen, Lendwirbel und einige weitere. Dann die Abwicklung des Calls gemeinsam mit Graz-Tourismus und CIS, mit dem die Grazer Einfahrtstafeln durch die Designer neu gestaltet werden. Die Jurysitzung wird am 16.10., also morgen, stattfinden. Design im öffentlichen Raum als mögliches Schwerpunktthema der Stadt Graz entlang der Initiative modernes, sauberes und gepflegtes Stadtbild. Das ist das Malik-Workshop, das auf Anregung und Initiative vom Herrn Bürgermeister stattfindet und bei dem wir dieses Thema miteingebracht haben. Meine Zeit ist um, ich darf das nur noch kurz zusammenfassen, wir haben auch einen Innovations- und Kreativwirtschaftsbeirat eingesetzt, in dem

ausschließlich Unternehmerin aus der Geschäftsführung von Unternehmen tätige Personen, Frauen und Männer tätig sind, die alle unsere Maßnahmen bewerten und Empfehlungen abgeben. Zum Beispiel das Pilotprojekt Junior Design und das möchte ich als letztes anführen mit dem Junior Design und Design Bonus, das sind zwei Projekte in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule, vor allem mit dem Studiengang Industrie-Design, wo es darum geht, dass wir schon während des Studiums von den Studierenden in der Fachhochschule, dass wir diese Personen mit Unternehmen, vor allem mit Industrieunternehmen in der Stadt, zusammenbringen wollen, um eben auch die Kreativwirtschaft in unseren Mittel- und vor allem Großunternehmen, die zum Teil auch weltweit erfolgreich tätig sind, mehr Kreativwirtschaft anzuregen, wir unterstützen diese Aktionen, sie sind in Vorbereitung und wir werden sie im Jänner 2015 starten.

GR. **Pacanda**: Danke vorerst für die ausführliche Beantwortung. Zusatzfrage zu dem Thema ist, ob Sie trotzdem das Handlungsfeld des öffentlichen Raumes sehen und ob Sie dort das Bedürfnis beziehungsweise auch Nachholbedarf weiterhin sehen. Also ob Sie auch der Meinung sind, dass hier in dem Bereich auch noch verstärkt was getan werden sollte.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich denke, dass die Frage der Gestaltung des öffentlichen Raumes, so wie es aussieht, das ist noch nicht beschlossen, aber jedenfalls ein zentrales Thema in dem gesamten Malik-Prozess, der jetzt angelaufen ist, spielt. Das war unser Wunsch und das ist auch soweit geglückt. Ich denke durchaus darüber hinaus und aus meiner Sicht wäre es sehr, sehr sinnvoll, wenn die Stadt, sowohl der Magistrat als auch alle Beteiligungen, die im öffentlichen Raum tätig sind und damit

letztlich den öffentlichen Raum auch gestalten, so eine Art eigenen Kriterienkatalog entwerfen, vereinbaren, der das spezifische Faktum berücksichtigt, dass wir City of Design sind und dass dieser Katalog dann eben auch für die Aktivitäten im öffentlichen Raum bindend ist. Eine Art Selbstbindung, wie wir uns, was die Gestaltung des öffentlichen Raumes betrifft, als City of Design verstehen. Das scheint aus meiner Sicht der beste Weg zu sein. Wir werden sicherlich in den nächsten Jahren kein eigenes Budget für City of Design, Gestaltungen im öffentlichen Raum zusammenbringen, aber wenn es gelingt, dass wir das, was wir soundso machen unter einem Aspekt, der eben uns unsere Vorstellungen von City of Design festhält und auch umsetzt, dann wäre das aus meiner Sicht ein sehr guter Weg und ich werde mich auch weiterhin für diesen Vorschlag einsetzen.

##### **5) Lückenschluss Radweg Stattegg-Andritz**

GR. **Haberler**, MBA stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**: Werte Gäste, geschätzte Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat und Gemeinderat! Geschätzter Herr Stadtrat, die Gemeinde Stattegg hat ihren Teil der Radwegverbindung Fuß der Leber – Grazer Stadtgebiet mittlerweile schon beinahe bis zur Stadtgrenze gebaut. Jetzt fehlt noch der Lückenschluss auf dem Grazer Stadtgebiet über den Strasserhofweg zum Radwegenetz in Andritz.

Hierzu gab es und gibt es seitens der Liegenschaftsabteilung Verhandlungen zwecks Grundstückseinlösungen. Bis auf eine Eigentümerin haben schon alle unterschrieben, auch sie hat schon ihre Bereitschaft signalisiert. Selbst wenn es nicht zu einer Zustimmung kommt, kann der Radweg dennoch gebaut werden. Es gäbe dann

allerdings bei dieser Eigentümerin auf einer Länge von zirka 20 Metern eine Fahrbahneinschränkung auf einer Breite von zwei Meter.

Aufgrund der mir zur Verfügung stehenden Informationen läuft die Planung des Radweges bereits. Es wird darauf hingearbeitet, dass ein Baubeginn im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden kann.

Deshalb stelle ich an Sie, geschätzter Herr Verkehrsstadtrat Mario Eustacchio, folgende

### **Frage:**

Können wir damit rechnen, dass Sie die nötigen Mittel freigeben, damit nächstes Jahr rechtzeitig vor der Eröffnung des Seniorenheimes Erika Horn der Radweg benützt werden kann?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, lieber Stefan! Du hast eh schon vieles weggenommen, ich möchte es noch einmal verdeutlichen. Laut Auskunft eben des zuständigen Amtes, Abteilung für Verkehrsplanung, wurde für den Bebauungsplan ab 17.12.2001 ein Vertrag erstellt, wonach der Bauträger für das Seniorenzentrum an der nördlichen Grundgrenze einen Geh- und Radweg bis zum Andritzbach zu errichten hat. Ebenso die Geh- und Radwegbeleuchtung in diesem Abschnitt. Von der Stadt Graz ist in diesem Bereich lediglich der unmittelbare Einmündungsbereich des Geh- und Radweges in die Stattegger Straße baulich auszuführen. Für die Weiterführung des Geh- und Radweges in Richtung Strasserhofweg ist durch die Stadt Graz eine Brücke über den Andritzbach zu errichten und ebenso wieder eine Beleuchtung herzustellen. Mir liegt das endgültige Grundstücksübereinkommen noch nicht vor, es wurde aber seitens der Abteilung für Immobilien die Bereitschaft der

Eigentümer zur Vertragserrichtung angekündigt. Für die notwendigen Verfahrenseinreichungen ist dieser Vertragsabschluss erforderlich. So werden derzeit die technischen Abklärungen für diese Einreichplanung hinsichtlich Wasserrecht und Naturschutz mit den zuständigen Abteilungen und Behörden geführt und das war keine Frage. Budgetierung, Umsetzung ist für 2015 geplant, die Umsetzung hängt aber eben nicht nur von den budgetären Mitteln ab, sondern auch vom Zeitablauf der Detailplanung und vor allem der nachfolgenden Dauer der erforderlichen Behördenverfahren, auf die wir nicht immer Einfluss haben und weiters wird dieses Geh- und Radwegprojekt mit 50 % Beteiligung des Landes erfolgen. Also auch da hier gibt es eine Abstimmung mit dem Land. Deswegen haben wir nicht alles selbst in der Hand, aber selbstverständlich ist es in unserem Sinne, dass das so schnell wie möglich über die Bühne gebracht wird (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: Danke für die Antwort.

## **6) Gutachten der Stadt Graz zum Verkehrsaufkommen Steinbergstraße**

GR. **Luttenberger** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Kollege Stadtrat Eustacchio! Es beschäftigt uns ein Thema schon mindestens ein Jahr, also es ist im Großen und Ganzen allen bekannt und ich möchte den Karl Marx ein bisschen umzitieren, was das anbelangt, nämlich so in die Richtung, ein Gespenst geht um in der Stadt Graz, nämlich das Gespenst, das bald zusätzlich tausende Schwerlastfahrzeuge schon jetzt unser überlastetes Straßennetz benutzen werden

und die Frage ist eben, ob das notwendig ist oder nicht. Ich glaube, es nähert sich das einjährige Jubiläum, wo konkret verschiedene Bürgerinitiativen oder eine Hauptbürgerinitiative versucht, hier Lösungen zu finden durch verschiedenste Aktionen und das sage ich auch deswegen, weil fast parteiübergreifend alle hier anwesenden Parteien mit GemeinderätInnen oder Vertreterinnen und Vertretern an diesen Aktionen teilnehmen. Ich möchte also unterstreichen, dass das nicht so eine Nebensächlichkeitsache ist. Jetzt weiß ich, damit das klar ist, wir haben uns ja in der letzten Gemeinderatssitzung über ein Gutachten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit unterhalten, welches konkret besagt, es geht ja konkret dann letzten Endes um diese Baurestschutt Mülldeponie in Thal bei Graz, wo eben dieses Gutachten besagt, dass der Schwerverkehr der geplante, flapsig gesagt von mir, kein Problem darstellt, wenn der über die Steinbergstraße geführt wird. Und jetzt sagen wir, ein Gutachten ist ja gut und schön und das dient natürlich auch zur Entscheidungsfindung der Landesregierung, die hat das ja in Auftrag gegeben. Was ich aber meine oder was wir aber seitens der KPÖ meinen, ist Folgendes, das ist so ein komplexes Thema, dass wir der Auffassung sind, dass es eigentlich mehrere Gutachten geben muss und da möchte ich jetzt hinzielen. Sie kennen den Text, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte nur an dich, sehr geehrter Herr Kollege Eustacchio, die

### **Frage**

richten: Sind Sie bereit, bist du bereit, baldigst ein eigenes Gutachten der Stadt Graz in Auftrag zu geben, in dem unter anderem der genaue Ist-Zustand und das künftige Szenario des Verkehrsaufkommens der betroffenen Grazer Straßenbereiche evaluiert werden und eine eingehende Analyse angeboten wird? Ich weiß, abschließend gesagt, Landesstraßen sind im Land, aber sie führen durch Graz. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Gemeinderat, lieber Kurt, du hast dir gleich selbst die Antwort gegeben, ich habe es ja immer wieder ausgeführt, ihr vermischt da Dinge, die nicht in unsere Zuständigkeit fallen. Auch wenn man das vielleicht der Bevölkerung anders darbringen möchte, haben wir uns an die Gesetze zu halten und das Verfahren wurde gemäß gesetzlicher Vorgabe vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung geführt. Ein Hinwegsetzen über gesetzliche Vorgaben und auch Kompetenzen, und ich betone immer die Kompetenzen, wird von mir nicht angestrebt werden, weil ich gar nicht in der Lage dazu bin und auch der Gemeinderat nicht, sonst hätten wir das eh schon längst machen können. Nehmt bitte einfach zur Kenntnis, und wir können das nächste Mal wieder darüber reden, ich werde euch wieder die gleiche Antwort geben, wir haben es nicht in der Hand. Die Steiermärkische Landesregierung hat es in der Hand, dort ist ein Gutachten getätigt worden, das sagt aus, dass der Schwerverkehr zumutbar ist auf dieser Strecke und damit hat es sich das, das ist so (*Applaus FPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Vielleicht habe ich mich missverständlich ausgedrückt, ich wollte ja wissen von dir, ob du seitens der Stadt Graz bereit bist, ebenfalls ein Gutachten zu entwickeln, um das zu untermauern oder nicht zu untermauern. Und meine Zusatzfrage jetzt ist, das wäre eigentlich eine große Bitte, ob du bereit bist, das Gutachten vom Kuratorium für Verkehrssicherheit ins Netz zu stellen, damit interessierte Bürgerinnen und Bürger sich das durchlesen können. Das wird an und für sich wie ein Staatsgeheimnis derzeit behandelt (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das können wir, höre ich gerade, von Amtsseite nicht entscheiden, das kann nur das Land entscheiden, weil die ja darüber verfügen. Aber

vielleicht richtet ihr eine Petition ans Land, vielleicht funktioniert das dann (*Applaus FPÖ*)?

## **7) Jobticket für alle MitarbeiterInnen im Haus Graz**

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Zuschauer, sehr geehrte Stadtregierung! Seit 1. Juli 2013 gibt es das sogenannte Jobticket, eine nicht übertragbare Jahreskarte, die steuerfrei ist für alle Bediensteten der Stadt Graz. Auch für die Bediensteten der GBG und des GGZ. Ausgenommen sind aber die MitarbeiterInnen der Parkraumbewachung, der Ordnungswache und der Sicherheitswache, ausgenommen die zugewiesenen Mitarbeiter beziehungsweise die MitarbeiterInnen die im Büro sitzen.

Darum meine

### **Frage**

an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch: Inwieweit sind Sie bereit, sich als Beteiligungsreferent dafür einzusetzen, dass alle Mitarbeiter des Hauses Graz ein Jobticket bekommen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Katholnig, es gibt zunächst einmal bezüglich des Jobtickets selbstverständlich die Sicht, dass es aus verkehrspolitischen und auch

durchaus sozialpolitischen Gründen sehr, sehr wünschenswert ist, dass alle unsere Einheiten, also nicht nur vom Magistrat, sondern auch den Beteiligungen, dieses Jobticket verteilen an ihre Beschäftigten. Es ist und bleibt aber eine freiwillige Sozialleistung des Arbeitgebers und während es hier im Magistrat wir entscheiden, obliegt diese Entscheidung bei unseren Beteiligungen, bei unseren Gesellschaften mit beschränkter Haftung der jeweiligen Geschäftsführung. Und die jeweiligen Geschäftsführungen sind von uns aufgefordert worden, im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten diese Maßnahme umzusetzen. Es wurden aber von Seiten der Stadt keine zusätzlichen Mittel für die Beteiligungen bereitgestellt. Es müsste also im Rahmen der Budgets passieren. Selbstverständlich bin ich gerne bereit, auch mein gutes Einvernehmen mit dem Geschäftsführer der GPS, Günther Janezic, einzusetzen, mit ihm darüber zu reden, ich werde ihm aber sicherlich keine Weisung erteilen und ich möchte auch dazusagen, eine Weisung von mir allein ausgesprochen, wäre auch ohne Gültigkeit, weil derartige Weisungen gehen nur mit einem entsprechenden und gültigen Gemeinderatsbeschluss. Das würde das jeweils voraussetzen. Also ich bin gerne bereit, da das Gespräch zu suchen, aber es wird mit Sicherheit eben ein Gespräch bleiben und die letzte Entscheidung treffen, wie gesagt, die Geschäftsführungen in den einzelnen Beteiligungen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig**: Das ist mir schon klar, aber MitarbeiterInnen haben sich dafür eingesetzt, auch die Personalvertretung und als Antwort ist gekommen, naja, ihr habt eine Uniform, ihr fahrt sowieso gratis mit den Verkehrsbetrieben. Nur, ich kann einem Bediensteten und einer Bediensteten nicht vorschreiben, dass sie mit einer Uniform in die Arbeit fährt oder von der Arbeit nach Hause fährt, beziehungsweise was ist, wenn ich dann nachher einen Termin habe. Ich meine, eine Raumpflegerin stellen wir auch nicht... also sie muss mit ihrer Uniform in den Dienst fahren, damit sie zum Beispiel irgendwas gratis in Anspruch nehmen kann.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Die GBG, soweit es Raumpflegerinnen von der GBG sind, die haben ja meines Wissens das Jobticket. Mit den normalen Voraussetzungen, ich kann jetzt nicht mehr dazusagen, als ich schon gesagt habe. Ich kann allerdings den Hinweis geben, dass jedenfalls dort, wo es kein Jobticket gibt, geplant ist, dass mit 1. Jänner 2015 die Jahreskarte insgesamt sehr stark reduziert wird auf 228 Euro pro Jahr und dass das jedenfalls für die Bediensteten eine große Verbesserung ist und wie gesagt, das Gespräch werde ich gerne suchen mit den Schlussfolgen, die ich Ihnen genannt habe.

### **8) Gemeinwesenarbeit Stadtteil „EggenLend“**

GR. Mag. **Moser** stellt an StR.<sup>in</sup> **Kahr** folgende Frage:

GR. Mag. **Moser**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! In den Gemeindewohnbauten an der Adresse Algersdorfer Straße 59 und 61 gibt es seit geraumer Zeit massive Probleme zwischen Altmietern und neu hinzugezogenen Mietern mit vorwiegend Migrationshintergrund. Inzwischen dürfte sich das Verhältnis zwischen Österreichern und Migranten in der Waage befinden. Offensichtlich ist die dafür zuständige Stadtteilbetreuerin für „EggenLend“ überfordert. Eine Mieterin hat sich daraufhin am 14. Juli 2014 – unterstützt durch 42 weitere Mieter – brieflich an Herrn Bürgermeister Mag. Nagl gewandt und darum ersucht, sich der verfahrenen Situation zwischen Bewohnern und Stadtteilbetreuerin anzunehmen. Nachdem keine Antwort erfolgt war, wandten sich die Mieter am 15.9.2014 erneut an den Herrn Bürgermeister – leider bislang ohne Erfolg.

Nach den uns vorliegenden Informationen und der gesamten Korrespondenz scheinen die Spannungen zwischen Mietern und Stadtteilbetreuerin nicht ohne

Eingreifen seitens der dafür zuständigen politischen Verantwortlichen lösbar zu sein, da es zwischen den Beteiligten zu nachhaltigen verbalen Konfrontationen gekommen ist.

Daher stelle ich Ihnen, sehr geehrter Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

### **Frage:**

Sind Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, bereit, in der im Motivenbericht geschilderten Angelegenheit wirksame Schritte zur Streitbeilegung zu ergreifen (*Applaus FPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Streit heißt ja immer, einer kann nicht mit sich selbst streiten, das geht nicht, das heißt, es gibt immer da zwei Seiten der Medaille. Ich kenne von der Hausverwaltung, von den Mietern, die, fünf sind das übrigens, Hausparteien, gewesen, die seit einem Jahr sozusagen aus unterschiedlichsten Sichtweisen, weil sie da Probleme habe, ich kenne auch die Gegenseite. Es ist jetzt vor kurzem alles bei uns am Tisch gelandet, also auch diese Beschwerden von allen Seiten, also nicht nur von den 42 Mietern, wobei mich das wundert, weil es sind 86 Hausparteien. Aber ich schaue mir das eben, wie gesagt, alles an, ich mache mir immer gerne selbst ein Bild von den Dingen, deshalb gibt es auch ein Treffen am 20., das habe ich schon vor einem Monat so ausgemacht mit Hausverwaltung, Stadtteilzentrum EggenLend, dem Friedensbüro unter anderem auch und ich bin im ständigen Kontakt mit der Bezirksvorstehung, mit dem Herrn Hagenhofer, weil auch dort meines Wissens dieses Thema schon zur Sprache gekommen ist. Also nächste Woche Dienstag gibt es da ein Gespräch, wo alle Beteiligten auch an einem Tisch sind, weil das ist wichtig, man muss sich alle Seiten

anhören und dann davon ausgehend, wird man sehen, wie man weitertut (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Danke für Ihre Antwort. Ich möchte aber trotzdem eine Zusatzfrage und das ein bisschen begründen. Wir haben dort ein Mietverhältnis von 22 : 63, also 86 Wohnungen, aber ein Bewohnerverhältnis von ungefähr 90 : 90. Wobei ich dort mitgearbeitet habe früher...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. Mag. **Moser**: 90 : 90, ja, die Migrantenfamilien haben im Schnitt vier bis fünf Bewohner und die Altmieten in der Regel ein bis zwei, weil Teile dieser Altmieten oder Mitbewohner schon verstorben sind, die Kinder sind ausgezogen und eine ähnliche Situation stellt sich dort dar. Daher ist das Verhältnis dort ungefähr 50 : 50, das heißt, etwa 90 Personen Altmieten und 90 Personen Mieter, die also zugezogen sind in den letzten fünf bis zehn Jahren. Daher ist also dort die Überfremdung doch relativ stark. Es ist in weiterer Folge, und da bitte ich zuzuhören, in letzter Zeit zu weiteren Straftaten gekommen und jetzt hören Sie mir zu. Mieter stellen fest, dass ein Auto größeren Ölverlust hat und machen auf die Umweltverschmutzung aufmerksam, dokumentieren das, fotografieren das und dabei wurde dann einer dieser Mieter naja beinahe angefahren, der Lenker hat richtig ausgelenkt und es liegt dort ein Strafrechtsdelikt vor. Es hängt die letzten vier Tage die großalbanische Flagge...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Ich bitte zur Zusatzfrage zu kommen.

GR. Mag. **Moser**: Es hängt jetzt die letzten Tage einige Tage die großalbanische Flagge und unsere Bitte ist, und ich habe hier deeskalierend mitgewirkt und es ist der Wunsch der Bewohner, ist es möglich, dass in nächster Zukunft in diesen Wohnungen und in diesem Haus keine weiteren Zuwanderer eingewiesen werden, damit man die Dinge deeskalieren kann, damit hier wirklich für Deeskalation gesorgt wird und auch für eine Befriedung und danach wieder möglicherweise Mieter mit Migrationshintergrund Wohnungen zugewiesen bekommen (*Applaus FPÖ*)?

StR.<sup>in</sup> **Kahr**: Das muss man jetzt trennen, was Sie ansprechen. Das eine hat was mit den Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen zu tun und das andere sind Streitereien unter Hausparteien, um das einfach ganz normal auf den Punkt zu bringen. Von den 86 Parteien, weil ich beschäftige mich schon seit einem Jahr dort mit den Sachen und nicht erst seit kurzem und ich kenne auch einen Großteil der Bewohner und Bewohnerinnen dort, sind bestenfalls ein Drittel überhaupt MitgrantInnen, sprich Menschen, die einen anderen Pass haben. Ich weiß von Österreichern auch, die dort ausgezogen sind, weil sie dieses Klima von ein paar wenigen, die ständig da auch zündeln, nicht aushalten. Unabhängig davon ist, wenn jemand sich daneben benimmt, um das sehr salopp zu sagen, auf welche Weise auch immer, dann ist dem immer nachzugehen und auch sozusagen von der Hausverwaltungsseite, das ist nämlich die gewesen, leider kein stadteigenes Objekt, auch dagegen vorzugehen. Es ist wurscht, ob das jetzt ein Chinese ist, ein Österreicher, ein Finne oder ein türkischer Staatsbürger, das ist völlig sekundär und war auch nie, da darf man auch nicht unterscheiden. Aber man darf die Dinge nicht

vermischen, weil sie können nicht in der Chronologie von Dingen, das hat ja alles eine Dynamik und die muss man kennen und wissen, warum sie dort ist. Die Beantwortung dieser Frage ein bisschen überschreiten und wäre zutiefst unseriös. Weil wenn man so Einzelfälle da hereinbringt, das hat einmal eine Kollegin auch übrigens schon getan, die ist leider nicht mehr da im Gemeinderat, wo sie sich im Nachhinein bei mir entschuldigt hat und gesagt hat, es tut ihr leid, dass sie das da hereingebracht hat, weil nämlich die Dame, die damals zu ihr gegangen ist und sozusagen als Opfer sich gesehen hat, mittlerweile sich herausgestellt hat, dass es genau umgekehrt war. Das ist halt oft so in Mediationsgeschichten, dass das nicht immer so leicht ist. Aber noch einmal, mir ist das Anliegen nicht egal dort, sonst hätte ich ja auch nicht die Kollegin vom Stadtteil EggenLend vor mehr als einem Jahr gebeten, dort tätig zu werden. Wenn sie dort sozusagen sich nicht in der Lage sieht, mit ihren Mitteln und Möglichkeiten dort zu einer Befriedung... da muss man sich was anderes überlegen und das werden wir auch tun. Das andere mit dem Zuweisungsrecht, Herr Gemeinderat Moser, wir beschließen nicht die Gesetze da in Graz, wer zu uns kommen darf oder nicht. Seit 2006, das habe ich da auch schon hundertmal gesagt, da waren Sie noch nicht im Gemeinderat, ist es gesetzlich und rechtlich erlaubt, dass Menschen mit einer Daueraufenthaltsgenehmigung auch um eine Gemeindewohnung ansuchen dürfen. Das heißt, wir dürfen jemanden, wenn er die Wartezeit erfüllt hat und eine Wohnung, eine größere, frei ist, weil wenn Sie jetzt schon sagen, eine Familie und das stimmt ja auch, viele MigrantInnen haben viel Kinder und wenn die die Wartezeit erfüllt haben und es keine österreichische Familie gibt, die dort diese Wohnung möchte, dann müssen wir sie einer migrantischen Familie zuweisen. Wir haben gar nicht das Recht, anders vorzugehen und ich möchte gerne Sie einladen, kommen Sie zu uns, das ist alles kein Geheimnis, Sie können sich das anschauen, wie das Verhältnis ist, freie Wohnungen dem gegenüber Anzahl der Ansuchenden, anschauen, wie viele davon Mehrkeindfamilien sind, wer da der größere Bevölkerungsanteil ist usw. Wenn wir das steuern könnten, würden wir es eh tun, weil zusätzlich Zündstoff geben möchten wir nicht. Aber man muss auch in der Lage

sein, und dazu lade ich Sie gerne ein, meine Türe ist eh immer offen nicht nur für Bewohner, sondern natürlich auch für Gemeinderäte (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.05 Uhr den Vorsitz.***

**9) Erhöhung des Anteils biologisch angebaute Lebensmittel in der Zentralküche der Stadt Graz**

GR. **Vargas** stellt an Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck** folgende Frage:

GR. **Vargas**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträte, liebe KollegInnen! Am 15. November im Vorjahr stellte ich einen dringlichen Antrag zur Erhöhung des Bio-Anteils in der Zentralküche, der erfreulicherweise von euch allen einstimmig angenommen wurde. Mit dem Beschluss des dringlichen Antrages bekennt sich der Gemeinderat zur Wichtigkeit der Erhöhung des Bio-Anteils in der Zentralküche und beauftragte dich, Martina, bis März 2014 dem Gemeinderat ein Umsetzungskonzept dazu vorzulegen, wie der Anteil der Bio-Lebensmittel in der Zentralküche von derzeit zirka 24 % sukzessive auf 30%, 50% und 70% erhöht werden könnte.

Das einzige Ergebnis, das jedoch bisher zu meinem dringlichen Antrag vorliegt, ist ein Schreiben deines Büros, in dem die Kosten für eine Erhöhung des Bio-Anteils auf 50% mit rund 320.000 Euro beziffert werden und darüber hinaus angeführt wird, dass derzeit die entsprechenden Mengen an Bio-Obst und Bio-Gemüse im Einkauf nicht zur Verfügung stehen. Ein Umsetzungskonzept wurde weder an mich übermittelt

noch dem Gemeinderat vorgelegt.

Nun ist mir aus Gesprächen mit der Bio-Ernte Steiermark bekannt, dass diese Maßnahmen zur Erhöhung des Bio-Anteils auf 35 bis 40% in der Zentralküche in den kommenden drei Jahren ausgearbeitet und an dich übermittelt hat. Unter anderem werden auch Vorschläge unterbreitet, wie das LieferantInnen-Netzwerk für Bio-Obst und Bio-Gemüse ausgebaut werden könnte.

Daher stelle ich an dich folgende

### **Frage:**

Bist du bereit, die Maßnahmen, die die Bio-Ernte Steiermark zur Anhebung des Bio-Anteils in der Zentralküche auf 35 bis 40 % ausgearbeitet hat, dem Gemeinderat zu präsentieren und die erforderlichen Schritte zu deren Umsetzung zu diskutieren (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Nibaldo! Seit Schulbeginn im September erzeugt die Zentralküche rund 7.000 Essensportionen pro Tag, das sind 800 Portionen mehr als noch im heurigen Frühjahr. Die gestiegene Anzahl an Essensportionen bestätigt unseren eingeschlagenen Weg, 2011 habe ich ja die Zutatenliste in der Zentralküche offenlegen lassen, damals waren es noch rund 5.500 Essensportionen, die ausgeliefert wurden täglich. Eltern wollen wissen, was ihre Kinder zu essen bekommen, denn schließlich zahlen sie ja auch dafür. 50 Euro werden von den Eltern für das Essen derzeit laut städtischem Tarifsysteem eingehoben. Grundsätzlich ist die Zentralküche vorbildlich, was den Einsatz und die Erhöhung von biologisch angebauten Lebensmitteln betrifft. Derzeit hat die

Zentralküche durchschnittlich einen Anteil von 25 %, ich möchte aber auf einzelne Bioanteile hinweisen, weil das wirklich beachtlich ist. Bei den Nudeln haben wir 90 % Bioanteil, bei Mehlen 91 % und was besonders bemerkenswert ist, bei Rind, Schwein und Wurstwaren 90 % Biofleisch, Milchprodukte ebenso 90 %, Brot und Gebäck 20 % und die Schwierigkeit haben wir noch beim Obst, da sind es lediglich 2,5 %. Und ich möchte hier an dieser Stelle wirklich unserem Küchenleiter, dem Herrn Gerngroß, sehr, sehr danken, das ist ein Mann, der sich in diesem Bereich wirklich äußerst engagiert zeigt und beim Thema Bioessen ein wirklich großes Engagement und viel Energie investiert (*Applaus SPÖ*). Gerade die Bio-Ernte Steiermark ist auch mit dem Einsatz von Bioprodukten in der Zentralküche sehr zufrieden. Tatsache ist aber auch, dass es in der Vergangenheit nicht möglich war, die benötigten Mengen an Bio-Gemüse über einen längeren Zeitraum und über ein Vertriebsnetz zu bekommen. Das heißt, es wird ausgeschrieben, wir bekommen aber keine Angebote, weil einfach diese Menge nicht geliefert werden kann. Lieber Nivaldo, dieses Maßnahmenpapier, von dem du sprichst, gibt es für die Zentralküche nicht. Die Bio-Ernte Steiermark hatte einen Termin bei meiner Büroleiterin, bei dem sie unter anderem davon sprachen, wie sich Bioproduzenten zusammenschließen können, um für die Großküche benötigten Mengen das auch zur Verfügung stellen können und das produzieren können. Und für diesen Nachdenkprozess wollte die Bio-Ernte Steiermark von mir eine Subvention haben, es ist kein Subventionsansuchen gekommen und ich muss ganz ehrlich sagen, ich sehe auch nicht ein, warum ich aus dem Sozialbereich diesen Nachdenkprozess von Biobauern subventionieren soll, das sehe ich eigentlich nicht als meine Kernaufgabe als Sozialreferentin (*Applaus SPÖ*). Ich bin zu allem bereit, wir müssen uns aber nur im Klaren darüber sein, dass das Essen dann teurer wird, das muss man schon sagen. Denn, wie du schon gesagt hast, wenn wir auf 50 % erhöhen, dann sind das rund 320.000 Euro, das sind dann 63 Cent mehr pro Portion und dann solltest du die Frage an meinen Kollegen an meiner linken Seite stellen, ob er bereit ist, dieses Geld auch in die Hand zu nehmen, um für die gestiegenen Kosten aufzukommen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Vargas**: Martina, ich habe auch großes Lob für die Zentralküche und das habe ich auch mit den KollegInnen von der Bio-Ernte besprochen, also da gibt es keine Kritik. Der Kollege kann sich natürlich nach der Menge des Geldes, das er zur Verfügung hat, richten, aber das war eben die Absicht von diesem Beschluss im Vorjahr gewesen, nämlich mit meinem dringlichen Antrag beabsichtigte ich, einen Prozess in Gang zu setzen, gleichzeitig nicht sofort von einem Tag auf den anderen eine Umstellung der Zentralküche auf 50 % stattfinden kann, das ist nicht möglich. Allerdings müssen erste Schritte gesetzt werden, damit wir längerfristig wie andere Städte auch die Zentralküche auf einen höheren Anteil an Bio-Lebensmittel bringen. Es würde für eine Erhöhung auf 30 % es sich um 100.000 Euro handeln und der Maßnahmenkatalog, was die Bio-Ernte hier gesendet hat, das ist nicht nur ein Nachdenkprozess für die Biobauern, wir wollen ja mehr Biobauern in der Umgebung von Graz haben, es geht ja um ein großes Thema da, sondern es war ein Konzept, dass auch die Zentralküche einen Umdenkprozess einleiten muss und auch die erforderlichen Schritte setzen muss und das ist ein Prozess. Also zu sagen, das wäre nur für die Bauern, ist es nicht. Bist du bereit, dich bei den Budgetverhandlungen dafür einzusetzen, dass diese Mittel für 2015 zur Verfügung stehen (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.in **Schröck**: Lieber Nibaldo, noch einmal, wenn ich das Obst und das Gemüse nicht bekomme, wenn ich es ausschreibe und es kommen keine Angebote, weil es das Bio-Obst und das Bio-Gemüse in dieser Mengengart nicht gibt, und ich habe da jetzt gerade erzählt, dass wir beim Fleisch, das ich für sehr wichtig halte und beachtlich, dass unsere Zentralküche, die 7.000 Portionen täglich herstellt, zu 90 % Bio-Fleisch verwendet, dann frage ich mich, was das jetzt sein soll von deiner Seite. Ich kann es nicht herzaubern. Ich kann keine Bio-Bauern herzaubern, die das in dieser Menge zur Verfügung stellen können und ich kann auch als Sozialreferentin nicht das Budget dafür zur Verfügung stellen, dass die Bio-Bauern sich besser

vernetzen und ein Vertriebssystem aufbauen, damit sie bei mir anbieten können, das ist eindeutig nicht meine Zuständigkeit (*Applaus SPÖ*). Und insofern bin ich auch nicht bereit, da jetzt für irgendwen anderen Budgetverhandlungen zu führen, das ist definitiv nicht die Zuständigkeit des Sozialbudgets, die Vernetzungsarbeit von einzelnen Bio-Bauern zu fördern, es tut mir leid (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Erlaube Sie mir eine Anmerkung. Wenn ich in Kinderbetreuungseinrichtungen bin, wenn ich mir die Nachmittagsbetreuung in Schulen anschau und weil ich auch relativ oft bei den Geriatrischen Gesundheitszentren mit dabei bin, wenn die Essensausgabe stattfindet, stelle ich fest, dass wir, weil wir portionsweise anliefern, auch so viel jeden Tag nicht verzerren und eigentlich wegwerfen. Vielleicht sollten wir unsere Kräfte auch einmal bündeln und darüber nachdenken, in welcher Form wir Essen auch zustellen können, weil es kommen Portionen, die viele Menschen, sage ich, gerade Seniorinnen und Senioren im Pflegebereich, aber auch Kinder, gar nicht essen können und die Mengen, die da jeden Tag weggeworfen werden, wir machen ja da manchmal auch Diskussionen darüber, die sollten wir uns einmal gemeinsam anschauen, wie man da vielleicht auch durch ein anderes Portionier-System oder gemeinsame Anlieferung einmal da auch besser unterwegs wären als das, was wir da jeden Tag leider Gottes dann auch anderweitig wegwerfen oder verwerten, das weiß ich jetzt nicht. Aber das wäre, glaube ich, auch einmal ein Thema, wo wir einmal alle gemeinsam hinschauen sollten (*Applaus ÖVP*).

## **10) Werbung für Cannabis vor Schulen**

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann** stellt an StR.<sup>in</sup> **Rücker** folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin! Politische Jugendorganisationen und nein, es war nicht die junge ÖVP, haben heuer im Herbst Kiffer Tipps vor Schulen verteilt.

Dies stellt eine ziemliche Verantwortungslosigkeit dar und überschreitet eigentlich alle Grenzen (*Applaus ÖVP und FPÖ*), die es da nur irgendwo geben kann. Und allgemein zu Konsum von Cannabis gibt's auch die unterschiedlichsten Studien, wie du auch sicherlich weißt und daher darf ich die

### **F r a g e**

an dich richten: Hältst du es für sinnvoll, dass man gerade junge Schülerinnen und Schüler auf diese Weise mit dem Thema „Drogenkonsum“ konfrontiert und ist das die Art der „Aufklärung“ für junge Menschen, so wie du sie dir vorstellen kannst als Gesundheitsstadträtin?

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Nein.

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann**: Was ist von deiner Seite her geplant?

StR.<sup>in</sup> **Rücker**: Zuerst einmal zur Zielgruppe. Die jungen Grünen, die du ansprichst, haben mir eindeutig die falsche Zielgruppe ausgesucht, um mit ihrer Kampagne für

eine Legalisierung aufzutreten. Die Zielgruppe sitzt im Parlament, dort werden die Gesetze gemacht und in jeder, auch in jedem Land, wo eine Legalisierung umgesetzt wird, ist die Zielgruppe der Jugendlichen vom Zugang von Cannabis auch weiterhin ausgeschlossen, weil auch ich jede Studie kenne, die sagt, dass für junge Menschen der Cannabis-Konsum schädlich ist. Auch diese Haltung werde ich weiter vertreten. Die Legalisierungsdebatte werden wir hier nicht führen, weil sie nicht auf dieser Ebene zu entscheiden ist. Deswegen ist aber die Zielgruppe der SchülerInnen so oder so falsch gewählt, das haben auch die jungen Grünen von mir persönlich erfahren und damit habe ich mich auch ganz klar öffentlich davon distanziert. Zum Thema Suchtpolitik der Stadt Graz haben wir ja gerade begonnen, diese Strategien auf der Grundlage des bestehenden Suchtkonzeptes zu diskutieren und da wird auch weiterhin der Präventionsansatz einen wesentlichen Stellenwert haben, wie er schon jetzt hatte und Prävention schaut natürlich anders aus als so (*Applaus Grüne*).

### **11) Mögliche Ausweitung des Angebotes SeniorInnenturnen**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt an Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck folgende Frage:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin, Stadträtin Schröck, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Zielgruppe der Jugendlichen zu den Senioren und Seniorinnen und deren Gesundheit. Und zwar, es ist so, dass über das SeniorInnenreferat der Stadt Graz SeniorInnenturnen angeboten wird und in diesen wöchentlichen stattfindenden Kursen sind zirka 50 Personen, die daran teilnehmen. Da bleibt für Bewegung nicht mehr allzu viel Platz. Im Interesse der älteren Menschen in unserer Stadt wäre somit ein weiteres Angebot wünschenswert.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Frage:**

Sind Sie bereit, aufgrund des erhöhten Bedarfs ein zusätzliches Kursangebot „SeniorInnenturnen“ einzurichten (*Applaus KPÖ*)?

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Ulli! Offensichtlich haben wir da unterschiedliche Informationen, es freut mich sehr, dass die Angebote des SeniorInnenreferates der Stadt Graz wirklich sehr großen Anklang finden und ich muss mich auch an dieser Stelle wieder einmal beim gesamten Team in der Stiebergasse bedanken, allen voran bei der Leiterin des Referates, Frau Dr.<sup>in</sup> Herfort-Wörndle. Zur Frage, ob ich bereit bin, ein zusätzliches Kursangebot einzurichten. Es ist so, dass in den Monaten Oktober bis Juni vom SeniorInnenreferat das SeniorInnenturnen in der Hauptschule Ferdinandeum angeboten wird. Zur Wahl stehen vier Termine, Montag und Dienstag jeweils von 17.00 bis 18.00 Uhr sowie Mittwoch und Freitag jeweils von 16.30 bis 17.30 Uhr. Pro Turnstunde können maximal 30 bis 35 Personen teilnehmen. Zur Bezahlung werden zehn Einheitenblöcke zum Preis von 20 Euro beziehungsweise 10 Euro für MindestpensionistInnen im SeniorInnenreferat ausgegeben. Seit September dieses Jahres wurden an 80 Personen diese Zehnerblöcke ausgegeben, es gibt demnach noch genug freie Kapazitäten von möglichen 120 bis 140 Plätzen, sodass derzeit keine Ausweitung des Angebotes notwendig ist (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Meine Zusatzfrage ist in dem Fall nicht so leicht möglich. Ich habe andere Fakten und Zahlen erhalten und so gesehen kann man ja überprüfen, was jetzt der Realität entspricht und wie der Bedarf wirklich aussieht.